

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: I  
Bereich: Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Laura Meier

Siegen, 08.04.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **14.09.2022**

Kurzbezeichnung:

**Möglichkeit der Anpassung des Sitzungsgeldes für die Vorsitzenden des Seniorenbeirates, des Beirates für Menschen mit Behinderungen, des Integrationsrates und des Jugendparlamentes**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass derzeit keine gesetzliche oder satzungsrechtliche Grundlage besteht, die Vorsitzenden des Seniorenbeirates, des Inklusionsbeirates, des Integrationsrates und des Jugendparlamentes den Ausschussvorsitzenden finanziell gleichzustellen. Er nimmt außerdem die Einschätzung, welche finanziellen Auswirkungen sich hierdurch ergeben könnten, zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat in seiner Sitzung am 22.09.2021 auf Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, UWG, Die Linken und Volt die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob rechtlich die Möglichkeit besteht, die Vorsitze

- des Seniorenbeirates,
- des Beirates für Menschen mit Behinderungen (*inzwischen Inklusionsbeirat*),
- des Integrationsrates und
- des Jugendparlamentes

den Vorsitzen der politischen Gremien hinsichtlich der Aufwandsentschädigungen finanziell gleichzustellen. Außerdem wurde um Darstellung gebeten, welche finanziellen Auswirkungen sich durch eine solche Gleichstellung ergeben.

### **Rechtliche Beurteilung:**

Bei den o. g. Gremien handelt es sich um Interessenvertretungen i. S. d. §§ 27 bzw. 27a GO NRW. Die in den §§ 45 und 46 GO NRW sowie der EntschVO NRW enthaltenen Regelungen zur Entschädigung von Rats- und Ausschussmitgliedern gelten lediglich für die Mitglieder des Rates und der Ausschüsse des Rates i. S. d. § 57 GO NRW. Interessenvertretungen zählen nicht zu diesen Ausschüssen des Rates.

Bezüglich der Entschädigung der Mitglieder des Integrationsrates enthält § 27 Abs. 7 GO NRW eine Vorgabe. Demnach gilt § 45 GO NRW (Zahlung von Sitzungsgeld an die Mitglieder) entsprechend. Die Regelungen in § 46 GO NRW die u. a. Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung für Vorsitzende begründen, sind allerdings auch hier nicht anzuwenden.

Der Rat kann durch satzungsrechtliche Regelungen oder Ratsbeschluss u. a. Vorgaben bzgl. der Entschädigung für die Mitglieder der Interessenvertretungen treffen. Der Rat der Stadt Siegen hat dies in der Richtlinie für den Inklusionsbeirat sowie der Richtlinie für den Seniorenbeirat getan.

Auf eine Regelung in der Geschäftsordnung des Integrationsrates wurde aufgrund der oben beschriebenen bereits in der GO NRW vorhandenen Vorgabe verzichtet.

Die Mitglieder des Jugendparlaments erhalten kein Sitzungsgeld. Die Strukturen des Jugendparlaments sehen nur eine informelle Beteiligung vor. Es wurde daher bewusst auf eine Gleichstellung mit den Sachkundigen Bürgern verzichtet. Dies soll auch zukünftig so bestehen bleiben.

Eine Regelung bezüglich zusätzlicher Entschädigung für Vorsitzende müsste in die satzungsrechtlichen Bestimmungen der jeweiligen Interessenvertretung aufgenommen werden.

### **Finanzielle Auswirkung:**

Um die finanziellen Auswirkungen zu beurteilen, muss feststehen, in welcher Form (Sitzungsgeld, Vollpauschale oder Teilpauschale) und in welcher Höhe der Rat die zusätzliche Entschädigung für die Vorsitzenden festlegen möchte.

Bei einer eins zu eins Übernahme des Pauschalbetrages für die Ausschussvorsitzenden aus der EntschVO NRW und davon ausgehend, dass die Regelung sich auch auf den Vorsitz des Jugendparlaments erstrecken soll, würde ein Mehraufwand von jährlich insgesamt **23.520 €** entstehen.

Für das Haushaltsjahr 2023 sind für Aufwendungen wie Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen, die nach der Gemeindeordnung NRW und der EntschVO NRW an Mandatsträger im oben beschriebenen Sinne zu zahlen sind, Mittel in Höhe von 1.017.480 € eingeplant. Daneben werden den Fraktionen 397.100 € an Fraktionsaufwendungen sowie geldwerte Leistungen in Höhe von rund 167.500 € zur Verfügung gestellt. Dazu kommen noch weitere Kosten wie z. B. für Livestreaming der Ratssitzungen, Kurierdienste, Parkgebühren oder die Nutzung von allgemeinen Besprechungsräumen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
23.520 € (bei Zahlung als zusätzliche Vollpauschale wie bei Ausschussvors.)	23.520 € (bei Zahlung als zusätzliche Vollpauschale wie bei Ausschussvors.)			<input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

gez.

Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.